

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 fl.
monatl. 4,80 fl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 fl. Bei
Postbezug vierteljährlich 16,08 fl., monatl. 5,36 fl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 fl.
Danzig 3 fl. Deutschland 2,50 fl. — Einzelnummer 25 fl. Sonntags 30 fl.
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Verkauf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einfache
Deutschland 10 bis 70 Groschen. Danzig 10 bis 70 fl. Pf.
Vorricht und schwieriger Satz 50% Aufschlag. — Bei Platz
schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postcheckkonten: Breslau 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 115.

Bromberg, Mittwoch den 22. Mai 1929.

53. Jahrg.

Völkerbund und Minderheiten.

Die deutsche Denkschrift.

Die reichsdeutsche Presse veröffentlicht auszugsweise die Minderheitendenkschrift der deutschen Reichsregierung für das mit der Reform des Minderheitschutzverfahrens zunächst beauftragte Dreierkomitee des Völkerbundes. Das deutsche Memorandum geht von der grundsätzlichen Frage aus, wie Sinn und Tragweite der Garantiepflicht des Völkerbundes zu verstehen ist, und stellt hier fest, daß den Minderheiten die Erhaltung ihrer völkischen Eigenart, sowie kulturelle, sprachliche und religiöse Freiheit zu gewährleisten ist. Die Staaten, denen die Minderheiten angehören, haben die Wahrung dieser Rechte der Minderheiten als Grundgesetz anzuerkennen, das in seiner Wirklichkeit weder durch andere Gesetze, noch durch Verordnungen, noch durch sonstige amtliche Maßnahmen irgendwelcher Art beeinträchtigt werden darf. Die Garantie des Völkerbundes ist allgemein und uneingeschränkt. Das ganze Minderheitensystem bildet ein wesentliches und dauerndes Gegenstück zu der Tatsache, daß durch die Friedensverträge von 1919 große Teile von ihrer Volkgemeinschaft abgetrennt und einem anderen Staat unterstellt worden sind. Bei der Minderheitenregelung handelt es sich insofern nicht nur um ein Übergangsregime, das schließlich dahin zu führen hätte, die Minderheiten in ihrer völkischen und kulturellen Eigenart verschwinden und sie in der Majorität der Staatsbevölkerung aufgehen zu lassen. Deshalb kann und darf die Bekundung des Interesses an der strikten Beobachtung der Schutzbestimmungen nicht als unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates, oder gar als Unterstützung staatsfeindlicher Bewegungen angesehen werden. Die deutsche Regierung ist der Ansicht, daß es dringend erwünscht wäre, wenn sich der Völkerbundrat noch einmal ausdrücklich zu den vorstehenden Gesichtspunkten bekennete und sie zum Ausgangspunkt und zur Grundlage dieser Beschlüsse mache.

Die Notwendigkeit, die Überwachungsaktivität nach bestimmt den Regeln zu organisieren, ergebe sich aus der Tatsache, daß die bisherige Praxis, die es dem Zufall überläßt, ob aus irgendeinem Anlaß die Minderheitenfrage von grundsätzlichen Gesichtspunkten aus im Völkerbund zur Erörterung gelangte, sich als unzureichend erwiesen hat. Für die Durchführung einer standigen Überwachung der Minderheitenfrage durch den Völkerbund sind nach der Ansicht der Reichsregierung verschiedene Wege denkbar. Abzulehnen sei die Lösung, die Aufgabe einfach dem Sekretariat zu übertragen. Abzulehnen sei ferner der Vorschlag, daß der Völkerbund sich selbst durch einen oder mehrere Berichterstatter fortlaufend über den Stand der Minderheitenfrage unterrichten läßt, da die Verfolgung der Lage der Minderheiten ein fortlaufendes Studium verlangt. Endlich erscheint auch der Vorschlag, das bisher mit der Prüfung beauftragte Dreierkomitee durch ein anderes, erweitertes Organ zu ersetzen, nicht zweifelsfrei. Unter diesen Umständen drängt sich nach deutscher Ansicht von selbst der Gedanke eines besonderen ständigen Komitees für die Minderheitenfragen auf, ähnlich wie es für Wirtschaftsfragen, Verkehrsfragen usw. beim Völkerbund besteht. Diese Lösung hätte den Vorzug, daß damit ein Gremium geschaffen würde, das unbeeinflußt von aktuellen Streitfragen den Stand des Minderheitenproblems übersehen könnte. Durch die Beratung innerhalb eines solchen Komitees würde bereits eine gewisse Klärung der Meinung über grundsätzliche Fragen erfolgen, bevor solche an die höchsten politischen Instanzen des Völkerbundes gelangen. Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß der Gedanke eines ständigen Minderheitenkomitees vorsichtiger Prüfung bedarf, und regt daher zunächst einmal die Einsetzung eines Ausschusses an, der einen Überblick über die Entwicklung der Minderheitenfrage seit 1919 geben soll.

Die Minderheitendenkschrift geht sodann auf die Mängel ein, die sich aus der Praxis in dem jetzt üblichen Verfahren des Dreierkomitees herausgestellt haben, und stellt dann Anregungen auf, welche diese Mängel abstellen sollen. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Mitteilung des Ergebnisses der Arbeiten des Dreierkomitees an die einzelnen Ratsmitglieder, damit diese sich darüber schlüssig werden können, ob sie die Beschwerden der Minderheiten weiter verfolgen wollen oder nicht.

Größere Publicität des ganzen Verfahrens durch Liste umfassende Nachweisung aller eingegangenen und in den Komitees behandelten Beschwerden in dem jährlich der Bundesversammlung zu erstattenden Bericht über die Tätigkeit des Rates, um wenigstens auf diesem Umwege den beschwerdeführenden Minderheiten Kenntnis über die Behandlung ihrer Petitionen zu geben.

Anerkennung des Rechtes der Komitees, zwecks Klärung des Tatbestandes ergänzende Informationen auch von Seiten der Minderheiten einzufordern.

Verstärkung der Dreierkomitees nach der jeweiligen Wichtigkeit des zu behandelnden Falles.

Beseitigung der bisher geübten Ausschaltung der Vertreter gewisser Nationen bei der Zusammensetzung der Komitees.

Die deutsche Denkschrift geht sodann eingehend auf die Vorschläge des kanadischen Vertreters Dandurand ein und stellt fest, daß diese im wesentlichen eine große Anzahl der bestehenden Missstände abzustellen geeignet sind und daß die Reichsregierung sie mit Beifriedigung aufgenommen hat. Die Annahme der Vorschläge Dandurands würde einige der wichtigsten Wünsche der Minderheiten erfüllen, da der von ihm gemachte Vorschlag, Petitionen und Eingaben der Minderheiten nicht nur einem Dreierkomitee, sondern dem als Kommission tagenden Rat als "Committee of the whole" vorzulegen, wie auch sein Vorschlag, in das Vorverfahren die beteiligten Minderheitstaaten dadurch einzuschalten, daß

alle Petitionen grundsätzlich über die Regierung des beteiligten Staaten geleitet werden und diese erst nach Erhöhung aller Rechtsmittel im eigenen Lande an den Völkerbund gelangen sollen, der deutschen Regierung als zweckmäßig erscheinen. Hierbei betont die Reichsregierung ausdrücklich, daß es jedenfalls nicht dabei bleiben darf, daß die nicht am Dreierkomitee beteiligten Mitglieder des Rates nichts vom Ergebnis der Vorprüfungen erfahren, daß die Minderheiten selbst Feinelei Kenntnis vom Ergebnis ihrer Beschwerden erhalten, und daß überhaupt das Vorverfahren jeder Publicität entmangelt. Ebenso stellt die deutsche Regierung ausdrücklich noch einmal fest, daß es nicht angängig sei, daß die am nächsten interessierten Mitglieder des Völkerbundes im Minderheitenverfahren ausgeschaltet werden. Die deutsche Regierung gibt dabei ihrer Überzeugung Ausdruck, daß die Beseitigung dieser Mängel auch im Interesse derjenigen Staaten liegt, dem die Minderheiten angehören.

Zum Schluß stellt die Denkschrift der Reichsregierung in einer eingehenden rechtlichen Betrachtung fest, daß die deutschen Anträge sich im Rahmen der in Kraft befindlichen vertraglichen Verpflichtungen bewegen, daß also die durch die Minderheiten verpflichteten Staaten durch Annahme der deutschen Vorschläge keine neuen Verpflichtungen übernehmen würden. Darüber hinaus stellt die deutsche Regierung fest, daß vom Rechtsstandpunkt aus die durch die Minderheitenverträge und -Erklärungen gebundenen Staaten bei der Verwirklichung der deutschen Anträge um ihre Zustimmung nur dann ersucht werden müssten, falls den Anträgen zur Abstellung der Missstände in der in den kanadischen Vorschlägen vorgesehenen Form stattgegeben wird.

Amerika schafft freie Bahn.

Sensationelle Pfingstkonferenz in Washington.

Meldungen aus Washington bringen eingehende Schlußfolgerungen einer überraschenden Konferenz im Weißen Haus am ersten Pfingstsonntag. Es wird darin festgestellt, daß die amerikanische Regierung zu einer Erklärung ihrer Anteile an den Besatzungskosten, wie auch einer Verminderung der deutschen Gesamtverpflichtungen bereit sei. Die Auslegung, daß der letzte amerikanische Schritt als eine Änderung der bisherigen amerikanischen Politik anzusehen sei, geht über die Tatsache hinaus. Das Leitmotiv der amerikanischen Regierung besteht, wie voransichtige Beobachter glaubten, darin, durch eigene, verhältnismäßig kleine Opfer eine Lösgung zu ermöglichen, deren Vorteile größer seien, als die nun gebrachten Opfer. Staatspräsident Hoover, der allein nicht in der Lage gewesen sei, den amerikanischen Sachverständigen in Paris die Bereitschaft zu diesen Opfern anzutreten, ohne schwere Gefahren im Kongress herauftreiben zu lassen, habe die führenden Abgeordneten im Senat und Repräsentantenhaus zu einer Befreiung im Weißen Haus angezogen. Dadurch sollte eine spätere Rückgängigmachung der amerikanischen Zugeständnisse durch das Parlament vermieden werden.

Das Wolff-Bureau meldet aus New York unter Berufung auf die "New York Times", daß während der Konferenz, die am ersten Feiertag bei dem Präsidenten Hoover stattfand, beschlossen wurde, daß Amerika seine Forderungen Deutschland notifizieren und daß diese Notifizierung eine gewisse Verringerung der Jahresraten ankündigen werde. Die Jahresraten sollen auf einen längeren Zeitabschnitt ausgedehnt werden, ohne daß die Globalsumme eine Verringerung erfährt.

Pfingsten in Paris.

Paris, 21. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Nach den Meldungen der französischen Presse scheint man in Paris doch eine Einigung über die Verteilung der Jahreszahlungen erzielt zu haben. In der Sitzung von Montagnachmittag haben die Sachverständigen der Gläubigerstaaten sich erneut mit dieser Frage beschäftigt. Es wurde ein Bericht ausgearbeitet, der noch am gleichen Abend nach Brüssel weitergegeben wurde. Man rechnet damit, daß er die Zustimmung Belgien erhalten werde. Nach dem "Echo de Paris" ist es möglich, daß Frankreich und England die Kosten der Verteilung der deutschen Jahresraten tragen. Die amerikanische Konzession trete dabei in den Hintergrund. Bei dieser Konzession handle es sich um die Herauslösung von 4 Millionen der von der Washingtoner Regierung für die Besatzungskosten geforderten Jahresleistung von 37 Millionen. Der Bericht Sir Josia Stamp sei jetzt beinahe fertiggestellt. Er enthalte nicht nur die Einigung der Gläubiger über die Verteilung der deutschen Zahlungen, sondern auch Äußerungen zu den Vorbehalteln Dr. Schachts. Zwei von diesen Vorbehalteln würden in ihrer ursprünglichen Form nicht aufgenommen werden können, und zwar handle es sich um die in den letzten Tagen so lebhaft besprochene Herauszählung der Nachgestoßenen und um die Frage des Moratoriums. Die Gläubigerstaaten sollen bereit sein, ein Transfer-Moratorium, aber kein Zahlungsmoratorium zu gewähren. Dagegen scheint es möglich, daß Forderungen der Ausgleichsunterschiede nicht mehr gestellt werden dürfen. Auch in der Frage der Verteilung der Gewinne der Zentralbank seien Vorschläge im Bericht enthalten. Sollte Dr. Schacht diese Verbesserungen und Vorschläge nicht annehmen, so würde der französischen Gruppe der Sachverständigen-Konferenz hinsichtlich der Zahlen ihre freie Handlung widergegeben sein.

Die Vertreter der Gläubigerstaaten werden sich am Dienstag ernst zusammenfinden, um die zweite Aufgabe des Stamp-Berichtes durchzuführen.

Eine deutliche Zurückweisung.

Gegenüber einer Meldung der Agentur Havas, die die eventuelle Abänderung gewisser Vorbehalte der deutschen Sachverständigen zum Gegenstand hat, erfahren Berliner Blätter aus unterrichteten Kreisen, daß unter keinen Umständen damit zu rechnen sein dürfe, daß an den Vorbehalten irgendwelche Änderungen vorgenommen werden können. Auch die Forderung des Verschwindens sämtlicher Kontrollmissionen gehört zu den Bedingungen, die als unerlässlich bezeichnet werden müssen. Aus der Tatsache, daß die aus den Reparationslasten erwachsenden Ausgaben fast drei Viertel der tatsächlichen Ausgaben des Reiches ausmachen, ergibt sich, wie wenig sich tatsächlich die von gegnerischer Seite aufgestellte Behauptung ist, daß Deutschland vornehmlich durch Wiederaufbaubarbeiten belastet sei. Derartige Behauptungen werden, wie nicht anders möglich, die schärfste Kritik einholen. Die Gerüchte über Unstimmigkeiten innerhalb der deutschen Sachverständigen-Delegation werden in alliierten Kreisen als gänzlich unzutreffend bezeichnet. Das Gleiche gilt von der Behauptung, daß Generaldirektor Böglers sein Mandat niedergelegt habe und sich in Berlin befände.

Verbandstagung der Sowjeträte.

Moskau, 21. Mai. (PAT) Gestern wurde die fünfte Verbandstagung der Sowjeträte unter dem Vorsitz von Stalin eröffnet. Zu dem angekündigten Exposé Rykows waren auch die Vertreter des diplomatischen Korps und der Auslandsprese erschienen. Die Ansprache, die länger als zwei Stunden lang dauerte, war vollkommen der Außenpolitik gewidmet. Im Vergleich zu den bisherigen Reden der Sowjetvertreter zeichnete sie sich durch eine geringere Aggressivität aus, peinlich berührten nur gewisse Abschnitte, die England und den Völkerbund gewidmet waren.

Einleitend betonte Rykow, daß England die Zügel aller ant sowjetischen Schritte sowohl auf politischem als auch auf wirtschaftlichem Gebiet in seinen Händen habe. Dies beweise die Tatsache, daß England versuche, einen antifaschistischen Wirtschaftsblokk zu schaffen. Rykow stellte weiter fest, daß zwischen den kapitalistischen Staaten sowie Gegenseite und Differenzen beständen, daß man die Bildung eines solchen Blocks nicht zu befürchten brauche. Deutschland wirkt Rykow einen unklaren Standpunkt gegenüber den Sowjets vor. Das Verhältnis zu Frankreich sei seit Rakowskis Abreise aus Paris nicht von der Stelle gekommen.

Einen längeren Abschnitt widmete Rykow Polen, wo er unterstrich, daß die Sowjet-Union keines geringen und dauernden nachbarschaftlichen Beziehungen unterhalten wolle. Weiter erinnerte der Redner an den einst Polen gemachten Vorschlag, einen Niedriggriffsblock abzuschließen. Auf die Erklärung Rykows: "Wenn wir uns mit Polen schlagen sollten, so werden wir uns ehrlich schlagen", reagierte der Saal mit beifälligen Kundgebungen. In diesem Augenblick verließ der im Saale anwesende polnische Gesandte Patel zum Zeichen des Protestes den Verhandlungssaal.

Die neue Sowjetregierung.

Moskau, 21. Mai. (PAT) Allgemeines Interesse löste die am Sonnabend bekanntgegebene Liste der neuen Regierung der allrussischen Verbandsrepublik aus, an deren Spitze an Stelle von Rykow — Sergei Iwanowitsch Syrowfigiow figuriert, eine neue Gestalt am politischen Horizont des Sowjetverbandes. Syrowfigiow, der gegenwärtig 35 Jahre alt ist (und nunmehr den Posten eines russischen Reichskanzlers einnimmt), war Student der ökonomischen Fakultät der Petersburger Polytechnik. Der Partei gehört er seit dem Jahre 1913 an. Zuletzt übte er die Funktion eines Sekretärs der südlichen kommunistischen Partei aus. Entgegen der Erklärung von Kalinin ist die Änderung auf den Posten des Präses der Regierung angeblich auf den Wunsch Rykows erfolgt. Man kommentiert seinen Abgang damit, daß er seinerzeit zur Rechtsopposition hinzog.

Zaleski in Budapest.

Warschau, 21. Mai. (Eigene Meldung.) Am 19. d. M. abends ist der Außenminister Zaleski nach Budapest abgereist. Den Minister begleiten: sein persönlicher Sekretär und der Chef der Süd-Abteilung des Außenministeriums Günther. Am Donnerstag wird Minister Zaleski die Rückreise nach Warschau antreten und dort am 24. d. M. eintreffen.

Über die Reise des polnischen Außenministers nach Budapest wird nicht viel geschrieben. Die spärlichen Äußerungen der politischen Publizität, die dieser Reise gewidmet sind, kennzeichnen behutsame Zurückhaltung. Der polnische Außenminister erwähnt in der Hauptstadt Ungarns den Besuch, den der ungarische Außenminister Ende des vorigen Jahres in Warschau abgestattet hatte. Die halbsoziale "Epocha" weist auf die Gemeinsamkeit geistlicher Erinnerungen Polens und Ungarns hin, zählt alle in den letzten Jahren verzeichneten Kundgebungen des polnisch-ungarischen Freundschaft auf und bezeichnet die Reise des Ministers Zaleski als einen neuen Ausdruck dieser Freundschaftsbeziehungen.

Das vom Außenministerium inspirierte Blatt hält es aber für nötig, zur Verhütung einer unerwünschten Deutung einer Freundschaft, die in einer idealistischen Späre zu verbleiben habe, ausdrücklich zu bemerken: "Die polnisch-ungarische Freundschaft... ist gegen niemand gereicht und bezweckt einzige und allein den Ausbau normaler friedlicher Beziehungen in Europa und die Mitarbeit an der Rekonstruktion seines wirtschaftlichen Lebens."

10 Jahre deutsche Landwirtschaft in Polen

Die große Landesausstellung in Posen soll gewissermaßen einen Denkstein für die nunmehr 10jährige Zugehörigkeit der Provinz zum wiedererstandenen polnischen Staate darstellen. Für die deutschen Landwirte unseres Teilstaates ist damit Veranlassung geboten, einen Rückblick auf diese letzten 10 Jahre zu verfassen.

Um das richtige Verständnis für die Entwicklung und die heutige Lage aufzubringen, ist es nötig, noch etwas weiter zurückzublicken, und zwar auf das Menschenalter vor dem Kriege, das für die

Wirtschaftliche Gestaltung der Posener Landwirtschaft

von so ausschlaggebender Bedeutung war.

In den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts trat mit der Erschließung der amerikanischen Steppen für den Getreidebau eine für Europa bedeutungsvolle Agrarkrise ein. Agrarkrisen pflegen zwei Ursachen zu haben. Entweder wird irgend eine in der Welt eingetretene bedeutende Steigerung landwirtschaftlicher Produktion vom Konsum nicht aufgebracht — das war das Charakteristikum der eben genannten Weltagrarkrise —, oder ein Konsumrückgang großer Verbraucherkreise bei gleicher, mitunter sogar zurückgegangener Produktion drückt den Kaufpreis landwirtschaftlicher Produkte — das ist das Wesen der heute bestehenden Weltagrarkrise. So ist eine Agrarkrise immer ein Ausdruck dafür, daß die Kauf- und Konsumkraft der Verbraucher in einem Mißverhältnis zur Produktion gerät und daß infolgedessen die Erzeugungskosten in einem Mißverhältnis zu den Produktenpreisen kommen. Die Agrarkrise der neunziger Jahre wurde im Gegensatz zu der heutigen verhältnismäßig schnell überwunden und hatte nicht die tiefgehenden Folgen der heutigen. Das erklärt sich daraus, daß damals gleichzeitig eine außerordentliche Steigerung der Industrialisierung in Europa einsetzte. Der Bevölkerungszuwachs und die Steigerung und Verbesserung des Nahrungsmittelverbrauchs stieg weit schneller an, als im Nachkriegseuropa. So wurde in verhältnismäßig kurzer Zeit die Überproduktion durch gesteigerten Verbrauch ausgeglichen.

Dazu kommt, daß im Vorkriegseuropa und besonders im Vorkriegsdeutschland der Einfluß der Landwirte auf die Agrarpolitik weit stärker war als heute, wo der Konsumentenstandpunkt infolge stärkerer Überwiegen der Stadtbevölkerung und relativ stärkerer Überhöhung der Bedeutung der industriellen Produktion für das Volksganze die Preise der landwirtschaftlichen Produkte ungünstig beeinflußt. Der starke Schuh der einheimischen Landwirtschaft traf besonders für Deutschland zu. Deutschland war ein Zufluchtsort für landwirtschaftliche Produkte. Es führte ca. 20 Prozent des gesamten Nahrungsmittelbedarfs, fast $\frac{1}{2}$ des Einheitsbedarfs ein. Fast alle landwirtschaftlichen Produkte, insbesondere das Getreide, waren durch mehr oder weniger hohe Schutzzölle gegen die Preisunterbindung des billiger produzierenden Auslandes geschützt. Diese Staatsfürsorge fand die Billigung der Mehrheit des deutschen Volkes, trotzdem nur ca. $\frac{1}{3}$ der Bevölkerung beruflich der Landwirtschaft auszuzeichnen war. Die ganze Entwicklungstendenz der Vorkriegslandwirtschaft läßt sich dahin kennzeichnen, daß nach Überwindung der Agrarkrise die Preise der landwirtschaftlichen Produkte langsam aber stetig anstiegen, während alle Produktionsmittel sowie alle industriellen Bedarfssortikel immer billiger wurden, je vollkommener der Industriearbeitsmarkt ausgebaut wurde.

Die Provinz Posen spielte in der deutschen Agrarbilanz eine hervorragende Rolle. Sie wies gegenüber dem reichsdeutschen Durchschnitt eine relativ geringe Bevölkerungsdichte von nur 70 Einwohnern pro Quadratkilometer gegenüber 122 des Reichsdurchschnitts auf. Diese Tatsache sowie der Umstand, daß die Landwirtschaft einen hohen Intensitätsgrad erreichte, machte sie einer starken Überproduktion landwirtschaftlicher Produktion gegenüber anderen Landesteilen fähig.

Es kam hinzu, daß die Preisentwicklung der landwirtschaftlichen Produkte stark der von Natur vorgezeichneten Hauptproduktionsrichtung entgegen kam. Posen ist ein Gebiet mit stark kontinentalem Klimaeinschlag, also großen Witterungsunterschieden im Verlaufe kurzer Zeiten, langen Trockenperioden, geringer Niederschlagshöhe, viel Sonnenscheintagen. Seine Bodenverhältnisse sind, verglichen etwa mit Schlesien und Sachsen, als nicht übermäßig reich zu bezeichnen. Im preußischen Landeskataster stand die Provinz vor West- und Ostpreußen an letzter Stelle der Durchschnittsbewertung. Aber dieselbe gibt kein richtiges Bild der wirklichen Ertragswerte. Sie war zu einer Zeit erfolgt, in der der Umfang der ausgesprochenen Weizenböden maßgebend für die Einschätzung war. Je mehr Kartoffel- und Buderübenbau eine ausschlaggebende Rolle in Bezug auf die Rentabilität gewannen, desto höher wurde der Boden der Provinz Posen vom Berufslandwirt geschätzt. Und gerade an Böden, die sichere Kartoffel- und Rübenernten versprechen, ist Posen recht reich. So mußte der Bollschuh der Vorkriegslandwirtschaft dem Posener Gebiet sehr zu gute kommen, mehr jedenfalls als Gebieten, deren Hauptproduktionsrichtung die weit weniger geführte Viehwirtschaft war. Zu allem kam, daß die Staatsfürsorge auch auf anderen Gebieten sehr intensiv war. Ein hervorragendes Schulwesen wurde aufgebaut, ein ungemein dichtes Bahnsystem und Chausseenetz entstand zu Lasten anderer deutscher Landesteile. Denn Posen war eine steuerliche Bushäuserprovinz. Die soviel geschränkte deutsche "Germanisationspolitik" war in erster Linie Kulturpolitik mit positivem Vorzeichen. Sie kam allen Bewohnern der Provinz zu gute.

Der Weltkrieg mit seinen Folgen

machte dieser Entwicklung ein Ende. Aus einem reichen Lande mit starker Konsumkraft und hohem Lebensstandard kam Posen in den Verband eines armen, noch dazu als Kriegshauplatz teilweise verwüsteten Landes. Aus der steuerlichen Bushäuserprovinz wurde die milchende Kuh für andere Teilstaate. Die Staatsfürsorge begann, besonders wenn man den deutschen Bevölkerungsanteil ins Auge sieht, je länger desto mehr negativ zu werden. Hunderte von deutschen Schulen und anderen Bildungsanstalten wurden geschlossen. Neue Bahnhöfe wurden in Posen überhaupt nicht mehr, Chausseen kaum nennenswert gebaut. Das System der staatlichen Fürsorge für die Landwirtschaft wich der Auffassung, daß die Landwirtschaft hauptsächlich Steuerobjekt sei und im übrigen die Auf-

gabe habe, ihre Produkte so billig wie möglich an den Konsumenten zu verkaufen, um dadurch eine geringere Lohnhöhe der Industriearbeiterchaft und damit die Konkurrenzfähigkeit der auf- und auszubauenden Industrie zu ermöglichen. So wurde eine Politik künstlicher Niederschaltung der Preise für landwirtschaftliche Produkte betrieben. Völlig negativ wurde für die Deutschen die Rechtsauffassung. Polen hatte bei Übergang an Polen immerhin 37 Prozent deutsche Bevölkerung. Diese schwand dahin, wie der Schnee in der Aprilsonne. In späteren Ausführungen soll kurz darauf eingegangen werden. Allgemein läßt sich nur sagen, daß die Kriegspsychologie nach Versailles viele Mittel erforderte, um dieses Dahinschwinden zu erreichen. Der deutsche Grundbesitz ging um ungefähr die Hälfte, von 56 Prozent auf ca. 28 Prozent, der gesamten Provinzfläche herunter. Dieser Entwicklungssprozeß ist heute noch nicht abgeschlossen. Das zeigen die leichten Zahlen der Agrarreform. Diese "Reform" ist in den Westprovinzen ein Privilegium odiosum für die schwache deutsche Minderheit geworden.

Wenn wir uns nun über die wirtschaftlichen Folgen des Übergangs Posens an Polen

im Einzelnen klar werden wollen, soweit wie sie die Landwirtschaft betreffen, so ist es nötig, sich vorher mit einigen prinzipiellen Fragen zu beschäftigen. Umlagerungen, wie sie sich aus dem Übergang eines großen Gebietes in ein anderes Staatsvermögen mit anders gearteten wirtschaftlichen Grundlagen ergeben, bringen naturgemäß stets gewisse Krisenerscheinungen mit sich. Die Krisen, die einzutreten pflegen, lassen sich begrifflich in 2 Typen zerlegen:

1. Krisen, die aus dem Wirtschaftsprozeß entstehen, sogenannte Konjunkturkrisen,
2. Krisen, die hervorgehen aus einer durchgreifenden Veränderung der substantiellen Grundlagen, die den Bau der Wirtschaft ausmachen.

Die letzteren sind Begleiterscheinungen von Strukturwandlungen. Es ist nun außerordentlich wichtig, klar zu sehen, ob gewisse Veränderungen im Preisverhältnis und den Produktionsgrundlagen auf Wandlung in der Konjunktur oder Struktur zurückzuführen sind. Konjunkturschwankungen sind auf ein Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage zurückzuführen. Mit einer gewissen Regelmäßigkeit pflegen sich abzulösen: Stagnation, Konjunktur, gute Konjunktur, Höchstkonjunktur und Krisis. Bei derartigen Konjunkturkrisen kann der Landwirt unmöglich seine ganze Betriebswirtschaft so ändern, daß sie stets der Konjunktur angepaßt wird. Eine Landwirtschaft ist von Natur aus etwas Konservatives. Die Tatsache, daß die landwirtschaftlichen Kultursorten verschiedene Wachstumsbedingungen, verschiedenartige Nährstoffe und Bodenansprüche haben, daß sie vielfach erst nach einigen Jahren auf demselben Ackerstück angebaut werden dürfen, daß sie verschiedenen Arbeitsbedarf mit zeitlich anders eintretenden Arbeitshöhepunkten haben und vieles andere mehr, zwingen den Landwirt zu einer Betriebsorganisation von gewisser Regelmäßigkeit. Der Landwirt setzt nur einmal im Jahre um. Kann z. B. der Maschinenfabrikant gesteigerter Nachfrage im Verlaufe weniger Monate durch Doppelshiften und anderes mehr nachkommen, so ist das dem Landwirt nicht möglich. Ja selbst, wenn im Verlaufe mehrerer Jahre die Konjunktur für ein bestimmtes Produkt, nehmen wir als Beispiel den Zucker, ansteigt, so kann er aus dieser Konjunktur nicht plötzlich etwa durch Verdopplung des Rübenbaues Nutzen ziehen. Ebenso wenig kann er bei starken Preistriebkräften für Zucker sofort mit dem Rübenbau aufhören, weil er nicht mit einem Schlag die großen Futterwerte, die der Rübenbau liefert, ersieben, auch nicht die Menschen, die gesteigerter Rübenbau gegenüber anderen Produktionsrichtungen mehr verlangt, ohne weiteres auf die Straße segeln kann. Etwas ganz anderes ist es, wenn Strukturwandlungen eintreten. Strukturwandlungen sind der Ausdruck verändelter Verhältnisse in der Anordnung und Funktion der Teile, die zugleich auf die Umwandlung des Ganzen einwirken. Nehmen wir z. B. wieder den Rübenbau. Wird die bisher durch Schutzzoll gesicherte Rübenzuckerproduktion der ausländischen Rohzuckerkonkurrenz schullos ausgeliefert, und bestehen keine Aussichten, daß dieser Konkurrenz irgendwie erfolgreich begegnet werden kann, dann handelt es sich um eine Strukturwandlung, der sich der Landwirt unbedingt anzupassen hat.

Die Landwirtschaft der Provinz Posen hat mit dem Übergang des Gebietes an Polen einerseits erheblich Konjunkturkrisen, andererseits auch gewisse Strukturwandlungen durchgemacht. Die Konjunkturkrisen ergaben sich vielfach aus dem starken Schwanken der Regierungspolitik, soweit sich diese mit der Preisregelung der landwirtschaftlichen Produkte befaßte. Bald gab es eine Einfuhrfreiheit und Ausfuhrsperrre, bald Ausfuhrfreiheit und Einfuhrsperrre, überhaupt alle möglichen Erlasse, die bald das eine oder andere Produkt betrafen. Die Folge davon war, daß die unverständlichsten Preisverhältnisse herausfanden. Einmal erreichte der Roggenpreis beinahe den Weizenpreis, dann wieder betrug er 50 Prozent des letzteren. Die Schwankungen des Roggenpreises waren nach dem Kriege zwischen 1–6 Dollar pro Doppelzentner. Ähnlich verhielt es sich mit anderen Produkten. Als einmal dem Warschauer Ministerium der Schweinepreis zu hoch erschien, verbot es die Ausfuhr von Fettsschweinen, erlaubte aber aus Handelsbilanzgründen die freie Ausfuhr von Magerschweinen. Es ergab sich die absurdre Preisbildung, daß das Fettsschwein bald $\frac{1}{2}$ des Magerschweins kostete.

Die Weltmarktkonjunktur hatte auch eine gewisse, wenn auch durch die Regierungspolitik stark beeinflußte Wirkung. Die allgemeine Verarmung durch den Weltkrieg und die Inflation bewirkte, daß in Europa die Nahrungsmittel relativ am höchsten bezahlt wurden, die pro Einheit die höchsten Nährwerte liefern. Die Erbse als billigster Eiweißträger hatte bis heute noch eine gute Konjunktur. Das Schwein, das neben Eiweiß zugleich große Mengen von Fett liefert, konnte gegenüber dem Rind stark am Preise gewinnen.

Wichtiger noch als diese Konjunkturschwankungen haben

Strukturwandlungen

auf die Landwirtschaft Polens eingewirkt. Die für den Deutschen wichtigste ist die Änderung der Rechtslage, die uns der Übergang des Gebietes an Polen gebracht hat. Der Versailler Vertrag hat, wie bekannt, entgegen der Geplagtheit früheren Börsenbundbrechtes etwas Neues geschaffen, indem er den Siegerstaaten, zu denen ja Polen auch gerechnet wird, gestattete, Privateigentum der Bürger ehemaliger Feindstaaten fortzunehmen. Dieses

Liquidationsrecht, wie es genannt wird, daß im Friedensvertrag immerhin gewisse Kautelen gegen zu große Benachteiligung der Liquidierter erfuhr, wurde von den Siegerstaaten, insbesondere von Polen, bald erweitert bzw. in einer Weise ausgelegt, die mit dem ursprünglichen Sinne der Versailler Vertragsbestimmungen nicht mehr viel zu tun hatte. Es lassen sich in der Liquidation des deutschen Grund und Bodens mehrere Phasen unterscheiden. Zuerst erfolgte die fristlose, keine Rücksicht auf bestehende Verträge nehmende Vertreibung der deutschen Domänenpächter unter fast völliger Konfiskation des ihnen gehörenden Inventars. Dann kam die Beziehung von 4000 Bauern auf Grund des sogenannten Annulationsgesetzes. Beide Maßnahmen finden im Versailler Vertrag keine Stütze. Wieder bedeutete die Wegnahme des Betriebes eine fast völlige Verarmung der Betroffenen. Nebenbei wurden durch ein System der Pression, wie der Präsident des Liquidationsamtes es seinerzeit nannte, also durch persönliche Schikanen wie Haussuchungen, Einsetzung von Zwangsverwaltungen usw. Täufende von deutschen Landwirten dazu bewogen, freiwillig zu verkaufen. Dabei bestand für diese Menschen die verzweifelte Gewissheit, daß sie sich mit dem geringen Erlöse, von dem die Hälfte für Emigrantensteuer eingehalten wurde und die Inflation den Rest in kürzester Frist zusammenzehrten ließ, keine oder wenigstens keine gleichwertige Existenz würden schaffen können. Dann folgte die Zeit der verstärkten Durchführung der Liquidation auf Grund, aber nicht gemäß des Versailler Vertrages. Der Versailler Vertrag sah volle Bezahlung der liquidierten Objekte vor, und beschränkte den Kreis der zu Liquidierenden auf diejenigen Deutschen, die die polnische Staatsbürgerschaft nicht durch den Wechsel der Staatsoberhoheit mit erworben hatten. Wie die Bezahlung ausfiel, ist bekannt. Bei den liquidierten Ansiedlungen wurde mit Hilfe der aufgeweiteten Rentenbelastung, hoher Auerechnung der Freifahrt, sowie von Gebäudeschäden und anderem mehr oft eine höhere Belastung errechnet, als die Taxe betrug. Der Gnadenweg gestattete dann diesen Liquidierten, zwar bestellarm, aber wenigstens nicht mit Schulden belastet, nach Deutschland zu gehen. Bei den freien Gütern war die Taxe so gering, die Güter durch vorhergehende Zwangsverwaltung vielfach so verschuldet, der Kreis der Käufer durch das Liquidationsamt eingeschränkt, daß bei großen Gütern mitunter kaum der Gebäudewert des Kaufsatzes bezahlt wurde. Und was die Staatsbürgerschaft anbetrifft, wer war nicht auf einmal alles Reichsdeutscher! Eine gewisse Klärung dieser Verhältnisse, in den meisten Fällen allerdings zu spät, brachte erst das Wiener Abkommen.

Eine weitere Änderung der Rechtslage wurde durch die Auslegung des Ansiedlerrechts und durch die Anwendung des Gesetzes über den Bodenverkehr. Das Boden- und Wiederaufkaurecht, das auf den Rentengütern eingetragen ist, wurde und wird heute noch so gehandhabt, daß der Übergang vom Vater auf den Sohn selbst bei unlesbar politischen Staatsbürgern, selbst dort, wo die Söhne der Ansiedler dem polnischen Heere angehören, nicht gestattet wird. Die Gesetzgebung über den Bodenverkehr gestattet dem Deutschen wohl den Verkauf des Landes an Polen, erlaubt aber in den seltesten Fällen einen Kauf.

Es ist unklar, festzustellen, wie diese Strukturwandlung der Rechtsgrundlage auf die Organisation der deutschen Landwirte Posens wirken mußte. Die Sorgen um den Besitz, der Kampf um die Erhaltung absorbierte viel geistige und materielle Kräfte, die viel vorteilhafter für den Aufbau der Wirtschaft vermaut worden wären. Wenn ein Landwirt nicht weiß, ob er nicht am anderen Tage Haus und Hof zu räumen hat, dann sind ihm 90 Prozent seiner Schaffensfreude genommen. Und wenn der Bauer den Hof, in den er die Hoffnungen seines Lebens hineingearbeitet hat, nicht seinem Sohne vererben, wenn er keinem zweiten Sohne ein Grundstück erarbeiten darf, wo sollen dann Lebens- und Arbeitslust herkommen! Ein Landwirt, der seines Besitzes nicht sicher ist, wird jede Investition scheuen und ohne Rücksicht auf spätere Ertragserlöse herausziehen suchen, was aus der Wirtschaft herauszulehnen ist.

Unter den Rechtsverhältnissen nehmen die

Agrarreformgesetze

eine besonders wichtige Stellung ein. Was sich hier in Polen Agrarreform nennt, ist weit mehr eine Agrarreform, unter besonderer Befreiungskonfiskation der Minderheiten. Reformieren heißt etwas bessern. Man bessert die Agrarstruktur Polens nicht, wenn an Stelle des intensivwirtschaftenden, kapitalistisch eingestellten deutschen Landwirts der longepolnische, naturalwirtschaftlich eingestellte Kleinbauer kommt. Auch wenn ein Siedler Posener Herkunft ohne Kapital mit minimalem Acker- und Viehinvettar zu wirtschaften beginnt, kann mit Recht weit eher von einer Reformierung der Agrarstruktur gesprochen werden. Und wenn in den Westgebieten 28 Prozent der Fläche in deutscher Hand sind, aber 92,8 Prozent der agrarreformierten Fläche deutschen Grundbesitzern zu 20 Prozent des wirklichen Wertes entzogen werden und kein deutscher Bauer auch nur 1 Quadratmeter davon erhält, dann ist das nichts weiter, als eine Fortsetzung der Versailler Liquidationspolitik unter anderem Titel. Mit volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten hat das nichts mehr zu tun. Das ganze System wird durch die Tatsache beleuchtet, daß einer der wenigen wirtschaftlichen Schutzbestimmungen, nämlich, daß der größere Besitzer vor dem kleineren zur Bandabgabe herangezogen werden muß, aufgehoben wurde. Infolgedessen ist es möglich, daß in demselben Kreise ein polnisches Riesen-Latinfundum von 40 000 Morgen unberührt bleibt, aber Mittelgüter deutscher Hand auf wenige 100 Morgen herunter deformiert werden.

So ist die Lage der deutschen Landwirtschaft in Polen, dasselbe trifft für Pommern zu, rechtlich in einer ungemein schmerzen Situation, die so ungemein nutzlos macht, weil es keine Instanz gibt, an die ein Appell des Rechts mit Erfolg möglich ist. Es wird die den Deutschen gegenüber verfolgte Politik häufig mit dem deutschen Beispiel vor 1914 begründet. Es soll darüber nicht gerecht werden. Die deutschen Landwirte der Wojewodschaft würden jedenfalls ihrem Schöpfer danken, wenn sie in dem heutigen Polen unter den Rechtsverhältnissen leben dürften, über die ihre polnischen Verfassungen zu deutscher Zeit noch klagen. Die deutschen Bauernsöhne wären glücklich, wenn sie die rechtliche Möglichkeit hätten, auf einem selbstgekauften Stück heimischer Erde einen Drzymala-Wagen aufzustellen zu dürfen. Man wundert sich geradezu, daß trotz

Bei Nieren-, Blasen-Frauen-
Leiden, Harnsäure, Eiweiss,
Zucker.
1928: 22080 Besucher.

Wildunger Helenenquelle

Haus-Kuren!
In Apotheken und Drogerien.
Broschüren gratis:
Michael Kandel
Poznan, Masztalarska nr. 7

Reichtum und Glück

erlangst Du durch Kauf eines Loses in der
glücklichsten Kollektur

(W. KAFTAL i Ska.)

KATOWICE, ul. św. Jana 16.

Filialen: Król. Huta, ulica Wolności 26
Bielsko, Wzgórze 21

Ziehung der 1. Klasse der 19. Staatslotterie

beginnt

schon am 23. u. 24. Mai

Hauptgewinn:

750 000 Złoty

Preise der Lose: 1/1 Los zł 40.— 1/2 Los zł 20.— 1/4 Los zł 10.—

Sofort bestellen!

An dieser Stelle ausschneiden u. uns im Kouver übersenden.

An die Fa. W. Kaftal i Ska, Katowice, św. Jana 16 b.

Anbei bestelle ich . . . ganze Los à 40.— zł . . . halbe Lose à 20.— zł . . . viertel Los à 10.— zł . . . Den Betrag von . . . zł entrichte ich unverzüglich nach Erhalt der Lose mittels von Fa. beigelegter P.K.O. Zahlkarte 304 761.

Vor- u. Zuname:

Genaue Adresse:

Bekanntmachung.

Ende Mai und Anfang Juni d. Js. wird in Bydgoszcz eine sanitäre Besichtigung stattfinden. Im Zusammenhang damit fordere ich alle Besitzer von Grundstücken, Bächen oder deren rechtliche Vertreter zur müßiglichen Sauberhaltung der Gebäude auf. Häuser, die durch ihr Neukommen das ästhetische Aussehen der Straße herablegen, müssen einen Fuß erhalten, Stateten- und Bretterzäune gestrichen werden. Die Treppenaufgänge, Höfe, Klossets, Müllgruben usw. sind gleichfalls in Ordnung zu bringen.

Das Obengenannte betrifft auch Besitzer von Hotels, Restaurants, Cafés, Speiselokalen, Nahrungsmittelläden u. a. m., bei denen gleichfalls eine Revision durchgeführt wird.

Personen, deren Objekte bei der Besichtigung Mängel in hygienisch-sanitärer und baulicher Beziehung aufweisen werden, strengstens bestraft.

L. dz. 4160/29 IV.
Bydgoszcz, den 18. Mai 1929.
**Miejski Urząd Bezpieczeństwa
i Porządku Publicznego**
— Hańczewski, radca miejski.

foto grafien
zu staunend billigen
Preisen sofort mit-
zunehmen
Passbilder
nur Gdańskia 19.
Inh. A. Rüdiger. Tel. 120.

Zeichenpapier
in Bogen und Rollen
A. Dittmann, T. z o. p.
Bydgoszcz, ul. Jagiellońska 16.

Linoleum
A. O. Jende, Bydgoszcz.
Telefon 1449 6069 Gdańskia 165.

Gründlicher, schneller
Service im Zeitraum
und Nähe von
eleganter Damen-
garderobe zu nehmen
geht.

Offerte unter Nr. 2992
an die Gesell. d. Zeitg.

Offeriere sehr preis-
wert:

Holzbohlen
aus
Eiche, Esche, Rüster
und Birke in kleinen
und großen Bögen.
Anfragen an

Emil Fiesel,
Dampfjäger, Hobel-
und Spindelwerk,
Dąbrowa-Chełmińska.
Telefon 2. 6980

**Risten, Tritts- u.
Leitern, Holzmasse-
artikel** offeriert
Holzwaren-Fabrik,
Dworcowa 77. Tel. 1621

... und es wird
doch
Frühling!

Wir verkaufen

zu bekannt billigen festen Preisen:

Damenstrümpfe "Seidenflor"	1.95
Damenstrümpfe "Bembergleide"	4.95
Damenstr. "Bembergleide Goldtempel"	7.95
Kinderschuhe "Lad"	9.75
Damenschuhe "Boxcar"	13.50
Damenschuhe "Lad"	19.50
Damenschuhe "feinfarbig"	25.00
Damenschuhe "Modelle"	35.00

Wir haben infolge Geldknappheit durch
Barreinfuhr Riesenmengen Muß-
waren und Reiseposten fast zum halben
Preise erstanden.

Benutzen Sie die Gelegenheit, unserer
Lieferanten Verlust ist Ihr Gewinn!

Mercedes, Mostowa 2.

Bautischler-Arbeit.
in eigenen Werkstätten mit mechan. Antriebe aus „Rika“ Bud. Tow. Akc., Bydgoszcz,
Marcinkowskiego 9. Tel. 172.

Goot-Kartoffeln
120 Ztr. Modell, 50 Ztr. Wohltmann und
150 Ztr. Modell Speisekartoffeln gibt ab
Düwe, Dąbrowa Chełm, pow. Chełmno.

Gesen
Da ich in diesem Jahre nicht reisen kann, gebe
ich meinen geehrten Kunden bekannt, daß ich
die Preise meiner Kronenstahl-Gesen herab-
gesetzt habe. Lieferre mit Garantie

Länge: cm 95 100 105 110 115
Preis: zł 18 20 22 24 25

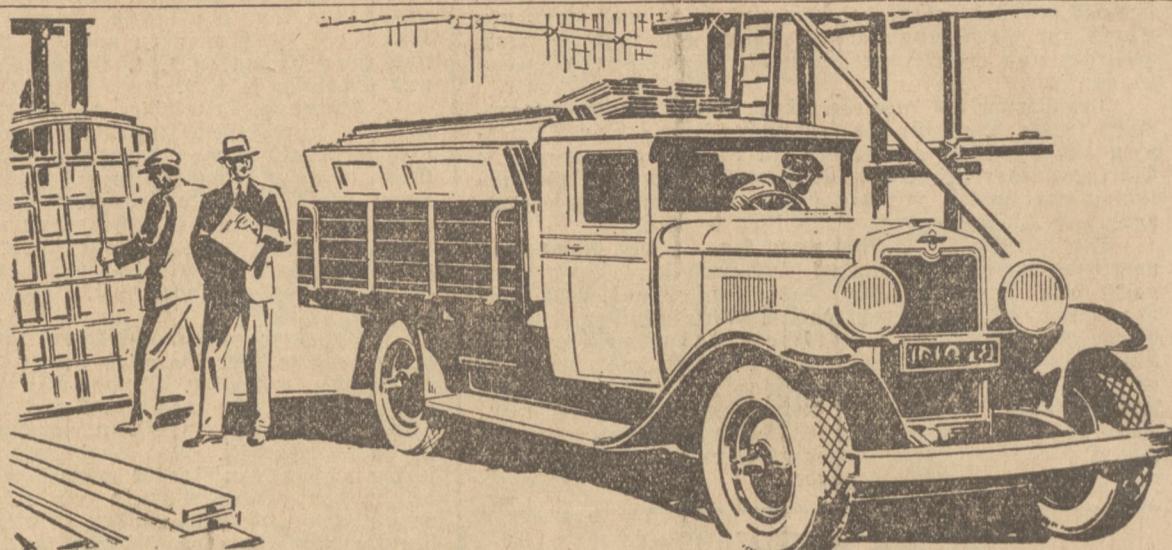
G. Bled. Schmiedemeister, Buczel
v. Łaskowice, Pomorze. 6699

Forstpflanzen

zur Frühjahrsplanzung 1929 ausverkauft!
Bestellungen für Herbst 1929 u. Frühjahr 1930 nimmt entgegen

v. Blücher'sche Forstverwaltung Ostrowitz
Ostrowite pod Jabłonowem, Pommerellen.

6695



Chevrolet steigert Wohlfahrt und wirtschaftliche Lage des Landes ...

Der Fortschritt der Zivilisation eines Landes wird klar durch die Zahl der Automobile angezeigt. In erster Linie bezieht sich diese Tatsache auf Lastwagen, die die absolut billigste und leichteste Verbindungsmöglichkeit darstellen.

Dank seinen kräftigen 6-Zylinder-Motor, 4 Vorwärts-gängen, der 4-Radbremse und seinen modernsten technischen Neuerungen, fährt der neue Chevrolet Lastwagen mit Leichtigkeit die schlechtesten Straßen und nimmt selbst die steilsten Steigungen. So ermöglicht er die Verbindung mit den entlegensten Orten, die in Polen oft durch Hunderte von Kilometern von der nächsten Station getrennt sind.

Der Chevrolet Lastwagen befördert die verschiedenartigsten Güter — er dient dem Handel wie der Industrie und der Landwirtschaft. Wegen seiner großen Sparsamkeit im Benzin- und Ölverbrauch und der geringen Unterhaltskosten steigert er den Gewinn jedes Unternehmens.

Mittels der bequemen Zahlungsbedingungen, über die Sie der nächste autorisierte General Motors-Händler gern unterrichtet, ist es jedem möglich, diesen erfolgbringenden Lastwagen zu erwerben.

CHEVROLET LASTWAGEN

Erzeugnis der General Motors
GENERAL MOTORS W POLSCE, WARSZAWA

Autorisierte Händler in Polen und der Freien Stadt Danzig:



Autorisierte
CHEVROLET.
Vertretung



E. Stadie - Automobile

ul. Gdańskia 160

Bydgoszcz

Telefon 1602.

6763

Notenetageren und Klaviersessel

empfiehlt in großer Auswahl sehr billig
B. Sommerfeld, Pianofabrik
Bydgoszcz, ul. Sniadeckich 56. 6180

Tel. 1923

Prima
Oberschles. Steinkohlen
Briketts

sowie

Kiefern-, Birken-,
Erlenkloben
u. Buchenholzkohlen

liefer ab Lager, frei Haus
und waggonweise

Gustav Schlaak
ul. Marcinkowskiego 8a
(Fischerstraße)

nicht identisch mit Fa. Schlaak & Dąbrowski

— Tel. 1923 —

Gar. rein Leinölschmierseife

Kernseifen

Sapo-Kalinus

Seifenpulver Króla

und POLAR mit Geschenken

offeriert:

Julian Król
Bydgoszcz, Nowy Rynek 11.

6478

Lohrke's Momentsteuer-Hackmaschinen



Unerreicht in Einfachheit und leichter Handhabung, die Maschine auch für schwersten Boden u. z. Tiefhaken prompt lieferbar. 6400

Jäteschare aller Systeme nach Muster prompt.
Gebr. Lohrke, Chełmża, Pomorze, Masch.-Fabr.

Telefon Nr. 6.

6698

1000 fach bewährte

G.L.C. 14.

Gebr. verzinkten

Stacheldraht

4 Stacheld. sehr gut erhalten ausgesuchte Ware

in fabrikmäßigen Rollen von ca. 50 kg, 1000 Mtr.

ca. 125 kg, 50 kg — 40, — 1 g gibt ab

6499

P. Przygode, Eisenhandlung, Krotoszyn.